

**Rede
der Sprecherin für Spätaussiedler und Vertriebene**

Doris Schröder-Köpf, MdL

zu TOP Nr. 21

Abschließende Beratung

**Feierliche Gedenkstunde zum Jahrestag des 28.
August 1941**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/599

während der Plenarsitzung vom 28.03.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das historische Erinnern ist bekanntlich die Kehrseite des Vergessens. Das Erinnern stärkt das geistige Fundament unserer freiheitlichen und wehrhaften Demokratie für die Völkerverständigung in Europa. Denken wir nur an die bekannten Worte, mit denen Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner historischen Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes im Jahr 1985 eine neue Erinnerungskultur einforderte! Ich zitiere: „Wer ... vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.“ Der historische Rückbezug auf erlittenes Schicksal spielt aber auch für bestimmte gesellschaftliche Gruppen eine entscheidende, eine oft identitätsstiftende Rolle für Gegenwart und Zukunft, so auch für die Deutschen aus den ehemaligen Sowjetrepubliken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

blicken wir zurück! Am 22. Juni 1941 überfiel die Wehrmacht die Sowjetunion. Die Deutschstämmigen in der Sowjetunion gerieten daraufhin bei den stalinistischen Machthabern noch stärker unter Generalverdacht und wurden innerhalb weniger Wochen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten nach Osten verbracht. Infolge des berüchtigten Erlasses des Obersten Sowjets vom 28. August 1941 wurden Familien auseinandergerissen, Menschen systematisch entrechtet, deportiert, unterdrückt und getötet. Mit dem sogenannten Stalin-Erlass endete die fast 200-jährige Ansiedlungsgeschichte der Wolgadeutschen und anderer deutscher Gemeinschaften, die einst in Russland eine neue Heimat gefunden hatten. Ihr Weg wurde damit schicksalhaft bereitet für Zwangsumsiedlungen aus den Wolgagebieten in die Verbannung nach Sibirien, Kasachstan, Kirgistan oder Tadschikistan. Mehr als 850.000 Menschen waren von den Zwangsmaßnahmen betroffen, erlebten Schreckliches in Lagern, viele fanden einen grausamen Tod.

Die Folgen der Deportation wirken bis heute. Deshalb ist der 28. August 1941 ein Tag des kollektiven Traumas, auch für die Nachfahren. Aus der Forschung zu Holocaust-Überlebenden weiß man, dass kollektive Traumata durch Verfolgung, Vertreibung, Krieg und Heimatverlust an die folgenden Generationen

weitergegeben werden. Diese Weitergabe, so die Soziologin Uta Rüchel, geschehe vor allem dann, wenn die Erlebnisse beschwiegen würden und nicht Thema einer etablierten Erinnerungskultur seien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

genau deshalb ist das kollektive Erinnern im Sinne der gemeinschaftlichen Selbstvergewisserung so wichtig, und genau deshalb nehmen wir uns in Niedersachsen das Gedenken an die hunderttausendfach erlittenen Schicksale so zu Herzen. Mehr noch: Wir erkennen diese Geschichte als einen wichtigen Teil der niedersächsischen Geschichte an. Mit den Menschen kommt eben auch ihre Geschichte - untrennbar!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die demokratischen Fraktionen in diesem Haus stehen zu dieser Geschichte und stehen zu dieser Verantwortung. Ich weise hier nur auf den Antrag „Vertreibung und Gewalt nicht vergessen - Leistungen der deutschen und jüdischen Zugewanderten aus Russland anerkennen“ hin, den wir, die Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, im Oktober vergangenen Jahres gemeinsam beschlossen haben.

Seit vielen Jahren machen sich sämtliche niedersächsische Landesregierungen für die Belange der Deutschen aus Russland bzw. aus den ehemaligen Sowjetrepubliken stark. In Niedersachsen unterstützen wir die Deutschen aus Russland dabei, ihre kulturelle Identität zu wahren. Durch ihre beispielhafte Integrationsgeschichte sind sie Vorbilder für unsere ganze Gesellschaft und leisten seit vielen Jahren nicht nur einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung unserer Heimat, sondern auch für den Zusammenhalt und das Miteinander.

Nach den heutigen Auftritten auf gar keinen Fall mehr.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ganz konkret unterstützt die Landesregierung mit jährlich 16 000 Euro Projekte im Bereich der Aussiedler- und Spätaussiedlerarbeit. Zudem - und das freut mich für die Landsmannschaft und ihre Vorsitzende, Frau Lilli Bischoff, ganz besonders - sind im neuesten Haushalt des Innenministeriums jährlich 30.000 Euro veranschlagt, um die wertvolle Arbeit der Landsmannschaft durch eine hauptamtliche Geschäftsführungsstelle zu unterstützen. Frau Viktoria Kohan hat ihre Arbeit am 1. März 2019 aufgenommen. Ich durfte sie bereits kennenlernen. Ich bin sicher, wir alle werden zusammen hier in diesem Hause viel Gutes auf den Weg bringen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

kein Ort in Niedersachsen ist mit der Geschichte von Flucht, Vertreibung, Heimatverlust und Neuanfang so symbolträchtig verbunden wie Friedland. Denn dort begann für Millionen von Menschen ein neues Leben - für Hunderttausende Russlanddeutsche das Tor zur Freiheit. Deshalb befindet sich dort auch der am besten geeignete Ort, um dem historischen Schicksal dieser heute größten Zuwanderergruppe in Niedersachsen zu gedenken.

Im Museum Friedland geschieht das etwa mit der eindrucksvollen Ausstellung „Fluchtpunkt Friedland“. Der vom Land Niedersachsen geförderte Ausbau des Museums zu einem innovativen Besucher- und Dokumentationszentrum bietet ab 2022 eine gute Gelegenheit, der Geschichte der Russlanddeutschen als wichtigen Teil deutscher Geschichte noch größere Aufmerksamkeit als bisher zu schenken. Genau das stellt eine ganz konkrete und gegenwartsbezogene Förderung der historischen Erinnerungsarbeit dar und trägt dem demokratischen Verantwortungsbewusstsein in Niedersachsen Rechnung - nicht aber eine zusätzliche regelmäßige Landtagsgedenkfeier, die ohnehin von den meisten überhaupt nicht gewünscht wird.

Deshalb wiederhole ich meinen Appell: Nehmen wir uns das Bekenntnis zur gemeinschaftlichen Erinnerung in Niedersachsen weiterhin zu Herzen und unterstützen die Landsmannschaft, indem wir möglichst zahlreich am 14. September zur bundesweiten Gedenkveranstaltung nach Friedland reisen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Flucht, Vertreibung, ethnische Säuberung - was die Russlanddeutschen erlitten haben, bleibt täglich traurige Realität weltweit. Auch heute leben Millionen von Menschen mit dem Schicksal, das der Osnabrücker Historiker Jochen Oltmer „Gewaltmigration“ nennt. Eine Gedenkveranstaltung des Landtages könnte dieses Leid aller von Entrechtung, Verfolgung und Entwurzelung betroffenen Menschen auf der Welt in den Mittelpunkt rücken - am Beispiel der Deutschen aus Russland. Was spräche dagegen, den 80. Jahrestag des Stalin-Erlasses im Jahr 2021 zum Anlass für eine würdige Veranstaltung zu nehmen, wie es Landtagspräsidentin Frau Dr. Andretta in Erwägung zieht?

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.